



# LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe März 2017

## EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

derzeit ist es, in der globalen Betrachtung, um die Demokratie teilweise nicht gut bestellt. Und auch in Niedersachsen ist es um den Parlamentarismus nicht zum Besten bestellt. Diese amtierende Landesregierung bzw. die regierungstragenden Fraktionen haben insgesamt sechs Klagen vor dem Staatsgericht verloren, in denen das Gericht geurteilt hat, dass die Oppositionsrechte missachtet worden sind, was nichts anderes bedeutet, als dass die Verfassung gebrochen wurde.

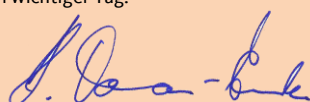
Christian Wulff hat es einmal als die Arroganz der Macht bezeichnet, denn es waren Gerichtsniederlagen mit „Ansgar“.

Und auch in dieser Plenarwoche ist uns diese Arroganz vor Augen geführt worden. Beispiel: Da sind uns über Wochen die Ergebnisse der Unterrichtsversorgung vorenthalten worden (Stand Schuljahresbeginn Aug.'16) und am Dienstag hat man dann in einer Pressekonferenz diese dann den Journalisten vorgestellt.

Und am darauffolgenden Tag, in denen die Zeitungen berichten, lehnt die Regierungsmehrheit eine Aussprache zu diesem Thema im niedersächsischen Landtag ab.

Schulpolitik ist ein zentrales Thema der Landespolitik. Wer der Debatte ausweicht, ist erstens wenig souverän, aber vor allen Dingen bereitet er dem Parlamentarismus einen „Bären dienst“.

Und deshalb ist der 14. Januar 2018 auch für die Demokratie ein wichtiger Tag.



## Seefried: Unterrichtsausfall und kein Ende: Kultusministerin Heiligenstadt ist Teil des Problems

**Hannover.** Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, kritisiert Kultusministerin Heiligenstadt scharf für ihr mangelndes Problembewusstsein im Umgang mit dem Unterrichtsausfall an niedersächsischen Schulen. „Leider ist das eingetroffen, was wir befürchtet haben: Die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen ist weiter gesunken. Im laufenden Schuljahr können wegen des Lehrermangels mehrere Hunderttausend Stunden Unterricht nicht erteilt werden – davon ist auch der Pflichtunterricht betroffen. Kultusministerin Heiligenstadt beschreibt lediglich das Problem, aber sie löst es nicht“, sagt Seefried. „Unsere seit Jahren vorgebrachten Vorschläge verhallen ungehört. Die Kultusministerin hat nichts unternommen, um den akuten Stundenausfall abzufedern. Sie hat nichts in die Wege geleitet, um eine Tätigkeit im niedersächsischen Schuldienst für junge Leute attraktiver zu gestalten. Auch bei der Aufgabe mehr Lehrkräfte und Schulleitungen für den ländlichen Raum zu gewinnen, hat sie bislang völlig versagt“, so Seefried.

Der CDU-Schulexperte weiter: „Leider müssen wir nach vier Jahren rot-grüner Schulpolitik feststellen: Diese Ministerin kann die Grundlage guter Bildung an den Schulen in Niedersachsen nicht sicherstellen. Die Unterrichtsversorgung ist sowohl an allgemein bildenden Schulen als auch an berufsbildenden Schulen historisch niedrig. Kultusministerin Heiligenstadt ist Teil des Problems. Sie hat durch falsche Entscheidungen dazu beigetragen, dass die Situation so schlecht ist, wie sie diese heute selbst dargestellt hat. Ganz oben auf der Fehlerliste stehen die rechtswidrige Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrkräfte, die sich heute noch negativ auswirkt, und die Entmachtung der BBS-Schulleitungen bei den Lehrereinstellungen an den berufsbildenden Schulen. Die Schuld am Stundenausfall nun den Flüchtlingen in die Schuhe zu schieben, ist ein hilfloses und noch dazu infames Ablenkungsmanöver der Ministerin.“

Noch nicht einmal die einfachste Pflichtaufgabe könne die Kultusministerin lösen, so Seefried: „Kultusministerin Heiligenstadt hat die Vorlage der Daten zur Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen um zwei Monate verschleppt. Das gab es noch nie“, sagt Seefried. „Von einer ‚fristgerechten‘ Vorlage der Daten zu sprechen, obwohl das Ministerium Fristverlängerung beantragt hat, ist dreist. Der ganze Vorgang offenbart die völlige Unfähigkeit dieser rot-grünen Landesregierung in der Schulpolitik.“

## Thümmler und Althusmann: Quantensprung in der Sicherheitspolitik: CDU verabschiedet Entwurf für bundesweit einmaliges, neues SOG

**Hannover.** „Modern, an den aktuellen sicherheitspolitischen Notwendigkeiten orientiert und in dieser Form bundesweit einmalig“ – so beschreibt **CDU-Fraktionschef Björn Thümmler** den Entwurf für ein neues Niedersächsisches Gesetz für öffentliche Sicherheit und Ordnung (SOG), den die CDU-Landtagsfraktion beschlossen hat. „Mit dem islamistischen Terror hat sich in den letzten Jahren eine neue Bedrohung offenbart, die eine Veränderung der sicherheitspolitischen Struktur in unserem Land unerlässlich macht“, so Thümmler. „Mit unserem Entwurf für ein neues SOG wird den niedersächsischen Sicherheitsbehörden ein Maßnahmenkatalog mit passgenauen und abgestuften Handlungsoptionen an die Hand gegeben, den es so in keinem anderen Bundesland gibt. Der Polizei wird damit eine lückenlose Überwachung islamistischer Gefährder ermöglicht.“



Ziel sei es, vorhandene Regelungslücken zu schließen und den Instrumentenkasten der Polizei differenzierter zu gestalten. Mit dem grundsätzlich für alle Maßnahmen vorgesehenen Richtervorbehalt sowie einer integrierten Evaluierungsklausel orientiere sich der Gesetzentwurf streng am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die von Innenminister Pistorius vorgelegten SOG-Entwürfe bezeichnet Thümmler als ungenügend und längst veraltet. „Insbesondere die Verkürzung der Präventivhaft von zehn auf vier Tage ist ein völlig falsches Signal. SPD und Grüne müssen ihren Gesetzentwurf zurückziehen.“

Der **Landesvorsitzende und Spitzenkandidat der CDU in Niedersachsen, Dr. Bernd Althusmann**, lobt den Gesetzentwurf der Fraktion: „Die CDU-Fraktion hat die Forderungen aus unserem ‚7-Punkte-Sofort-Programm gegen Terror und Islamismus‘ innerhalb kürzester Zeit in Gesetzesform gegossen. Während die amtierende Landesregierung hilflos und widersprüchlich agiert, zeigen wir mit diesem Gesetzesentwurf Entschlossenheit und Augenmaß. Wir schließen damit die wesentlichen Lücken in der Sicherheitsarchitektur des Landes. Ein engmaschiger und bundesweit einmaliger Maßnahmenkatalog stärkt die Sicherheit der Bürger in Niedersachsen.“

Der Gesetzentwurf stelle einen Quantensprung für die innere Sicherheit in Niedersachsen dar. „Ein solches SOG würde Niedersachsens Polizei und Justiz einen bundesweit beispiellos effektiven Umgang mit Gefährdern ermöglichen“, so Althusmann. „Der Gesetz-Entwurf zeigt deutlich: Die sicherheitspolitischen Impulse in Niedersachsen kommen von der CDU. Wir wollen Niedersachsens Sicherheitsbehörden auf die Zukunft vorbereiten. Die rot-grüne Landesregierung steht hingegen für eine Politik der Ignoranz.“

### **Die Kernpunkte des Gesetzes:**

Über die Verknüpfung von Maßnahmen und Sanktionen bei Verstößen, soll den Sicherheitsbehörden ein flexibles, fallgerechtes Vorgehen ermöglicht werden. Thümmler: „Bevor es mit der Verhängung der Präventivhaft zum Äußersten kommt, braucht die Polizei einen stufenweisen Maßnahmenkatalog, um künftig differenzierter vorgehen zu können.“ So erhalte die Polizei mit Meldeauflage, Kontaktverbot und Hausarrest zusätzliche Instrumente zur Beobachtung und Kontrolle. „Wird hiergegen verstoßen, ist die Verhängung einer vorübergehenden Präventivhaft leichter als bisher.“

Auch die mögliche Dauer der Präventivhaft soll deutlich verlängert werden. Althusmann: „Die von Rot-Grün geplante Verkürzung auf vier Tage wäre absolut kontraproduktiv. Der Fall der beiden ausländischen Islamisten aus Göttingen zeigt die Notwendigkeit: Hätten die beiden die deutsche Staatsangehörigkeit, wären sie inzwischen längst wieder auf freiem Fuß.“

## Entwurf für ein neues Niedersächsisches Gesetz für öffentliche Sicherheit und Ordnung

### das will die CDU anders machen:



#### **Meldeauflagen:**

Überwachung und Beschränkung des Aufenthalts wird ermöglicht, wenn Hinweis auf Gefährdung vorliegt



#### **Kontaktverbot:**

Einführung als neue Möglichkeit, um Gefährdernetzwerke zu stören



#### **Elektronische Fußfessel:**

Einführung als Mittel zur Überwachung von Aufenthalts- und Kontaktverboten



#### **Hausarrest:**

Einführung als Vorstufe zur Präventivhaft - bislang nur im Strafvollzug geregelt - in dieser präventiven Form einmalig in Deutschland



#### **Präventivhaft:**

Anhebung von bislang max. 10 Tagen auf 18 Monate - orientiert an der Maximaldauer der Abschiebehaft - insbesondere mit Blick auf Personen, die terroristische Anschläge planen



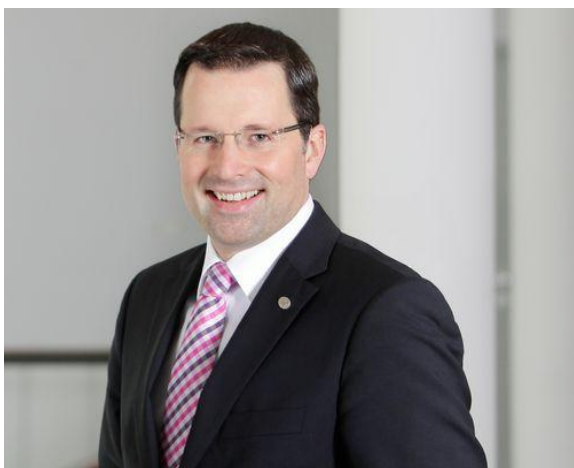


## Dammann-Tamke: Praxisfern und bürokratielastig – geplante Regelungen im Agrarstruktursicherungsgesetz beschränken Eigentumsrechte von Landwirten

**Hannover.** Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Dammann-Tamke, hat den rot-grünen Entwurf für ein Niedersächsisches Agrarstruktursicherungsgesetz als „praxisfern und bürokratielastig“ bezeichnet. „Die Situation auf dem niedersächsischen Bodenmarkt ist angespannt. Gerade deshalb brauchen wir Regelungen, die den Produktionsfaktor Boden – sei es Acker-, Grünland oder auch Wald – in einer breitgefächerten Eigentümerstruktur halten und ihn vor dem Zugriff von Kapitalanlegern schützen. Der Gesetzentwurf des Landwirtschaftsministers hingegen strotzt nur so vor praxisuntauglichen Lösungsansätzen. Eine zweckmäßige Ausgestaltung der Maßnahmen – wie zum Beispiel bei der Pachtpreisbremse – wird so nicht erreicht“, sagt Dammann-Tamke. „Der Gesetzentwurf weist außerdem gravierende, verfassungsrechtliche Schwächen auf. Vor allem die Einschränkung der Gestaltungsfreiheit zwischen zwei Vertragsparteien ist hier kritisch zu betrachten.“ Das sei auch der Kernkritikpunkt der kommunalen Spitzenverbände. „Der von Landwirtschaftsminister Meyer vorgelegte Entwurf wird der kritischen, juristischen Bewertung des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes in der jetzigen Form nicht standhalten“, so Dammann-Tamke.



## Seefried: Rund 150 Schulleiterstellen an kleinen Grundschulen unbesetzt – CDU fordert „Dorfschulprämie“



**Hannover.** Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, fordert mit Blick auf die aktuell rund 150 nicht besetzten Schulleiterstellen an niedersächsischen Grundschulen eine bessere Besoldung für Grundschulrektoren. „Grundschulleiter sind oft Lehrer, Stundenplankoordinator, Vorgesetzter und noch vieles mehr in einer Person. Gerade in kleinen Grundschulen werden sie jedoch kaum besser besoldet als ihre Lehrerkollegen und bekommen nur eine Handvoll Entlastungsstunden.“ Die Folge: Die Stellen sind unattraktiv. Vor allem an kleinen Grundschulen im ländlichen Raum bleiben Schulleiterposten oft über Jahre hinweg unbesetzt. Die CDU-Fraktion fordert, das Gehalt von Grundschulrektoren generell mindestens auf eine Besoldung nach A13 zu erhöhen. Außerdem sollen Lehrer, die eine Schulleiterstelle an einer einzügigen

Grundschule im ländlichen Raum annehmen, zusätzlich zur regulären Besoldung eine „Dorfschulprämie“ erhalten. Seefried: „Die Prämie soll Lehrkräfte motivieren, sich der Herausforderung ‚kleine Grundschule‘ zu stellen und für diese Aufgabe in eine ländliche Region zu ziehen. In den ersten fünf Jahren ihrer Tätigkeit sollen sie einen monatlichen Zuschlag zur regulären Besoldung erhalten.“ Denkbar sei ein Betrag von 250 Euro monatlich, so Seefried.

Schon 2014 hatte die CDU-Fraktion in einem umfassenden Antrag eine bessere Besoldung von Grundschulleitern, eine schrittweise Absenkung ihrer Unterrichtsverpflichtung auf 50 Prozent sowie eine bessere personelle Ausstattung der Grundschulen durch mehr Verwaltungsunterstützung und Schulsozialarbeiter gefordert. Der Antrag wurde jedoch mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt. „Obwohl das Problem seit langem offenkundig ist, hat die Landesregierung bislang nichts unternommen, was den Grundschulen wirklich weiterhilft“, kritisiert Seefried. „Die Schulen werden oft mit Übergangslösungen abgespeist – eine für die betroffenen Lehrer, Eltern und Schüler mehr als unbefriedigende Situation. Kultusministerin Heiligenstadt sollte sich einen Ruck geben und endlich auf unsere Vorschläge eingehen.“

## Althusmann: „Deckelung der Vorstandsbezüge bei Volkswagen ist voller Widersprüche und löst kein einziges Problem!“

**Hannover.** Mit Blick auf die Aufsichtsratssitzung der Volkswagen AG sagte der Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen, Dr. Bernd Althusmann:

"Dass zukünftig der Vorstandsvorsitzende möglicherweise das 200fache und ein einfaches Vorstandsmitglied womöglich das über 100fache eines durchschnittlichen Arbeitnehmers bei Volkswagen erhalten soll, steht zumindest in einem deutlichen Widerspruch zu den Forderungen der SPD auf Bundesebene. Die Deckelung der Vorstandsbezüge bei Volkswagen ist voller Widersprüche und löst kein einziges Problem! Ich bin der Überzeugung, dass die Hauptversammlung über dieses neue Vergütungssystem entscheiden muss und auch grundsätzlich entscheiden sollte. Es bleibt unerklärlich, warum der amtierende Ministerpräsident als Aufsichtsrat sowohl für den jetzt vorgelegten Vorschlag, als auch zuvor für die hohe Abfindung von bis zu 15 Millionen Euro im Fall des ausgeschiedenen Vorstandes für Integrität und Recht, Frau Dr. Christine Hohmann-Dennhardt gestimmt hat. Ich fordere vom amtierenden Ministerpräsidenten eine Sonderprüfung dieses Falles und eine unverzügliche Aufklärung über die doppelte und parallele Besetzung der Rechtsvorstände bei Porsche SE und Volkswagen.



Der jetzt eingesetzte Monitor wird den VW Konzern, den Vorstand und den Aufsichtsrat für mindestens drei Jahre überwachen und die Jahresberichte dem US-Justizministerium zuleiten. Das Unternehmen wird zur Transparenz gezwungen und ein Umbau des Unternehmens wird somit notwendig. Wir hatten bislang die Erwartung, dass der Aufsichtsrat den internen Ermittlungsbericht der Kanzlei Jones Day zur Veröffentlichung frei gibt. Dies hatte der Ministerpräsident auch zugesichert. Gehalten hat er sein Wort nicht.

Dass nun US-Behörden die Aufsicht übernehmen und letztlich für Transparenz sorgen werden, zeigt, dass der amtierende Ministerpräsident seiner Aufsichtsratsfunktion nicht ausreichend nachgekommen ist. Die drohenden Strafzahlungen werden die Entwicklungsmöglichkeiten von VW für die Zukunft nachhaltig einschränken.

Ich erwarte von einem amtierenden Ministerpräsidenten, sich diesen Herausforderungen zu stellen und dafür Sorge zu tragen, dass die 120 000 Arbeitsplätze an den sechs Standorten in Niedersachsen weitgehend gesichert werden und die davon abhängigen 80 000 Arbeitsplätze bei den Zulieferfirmen nicht aus dem Blick geraten. Der amtierende Ministerpräsident hat offenbar aus seiner Rolle als Vollzugsbeamter des Vorstandes nach wie vor nicht herausgefunden."

## Nacke: Ein Jahr nach Safia-Attentat: Polizei braucht endlich Möglichkeiten zur effektiven Bekämpfung islamistischer Gefährder

**Hannover.** Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke, wirft der rot-grünen Landesregierung vor, keine Lehren aus dem Attentat der damals 15-jährigen Safia S. gezogen zu haben. Bei dem Messerangriff am Hauptbahnhof Hannover vor einem Jahr wurde ein Bundespolizist schwer verletzt. „Die Liste an Fehlern und falschen Einschätzungen, die der Parlamentarische Untersuchungsausschuss im Fall Safia S. mittlerweile aufgedeckt hat, ist lang. Heute steht fest: Das Attentat hätte verhindert werden können. Trotzdem ist die Landesregierung noch immer nicht bereit, Irrtümer einzugestehen und die dringend notwendigen Kurskorrekturen in ihrer Innenpolitik auf den Weg zu bringen“, kritisiert Nacke. Nacke: „Die lobenden Worte des Innenministers nach jedem einzelnen erfolgreichen Polizeieinsatz können nicht darüber hinwegtäuschen, dass er den Beamten mit seiner Politik der vergangenen Jahre die Arbeit erschwert, statt erleichtert hat.“ Die CDU-Fraktion habe hingegen mit ihrem jetzt vorgestellten Entwurf für ein neues Niedersächsisches Gesetz für Sicherheit und Ordnung (SOG) ein ganzes



Maßnahmenbündel vorgelegt, mit dem den niedersächsischen Sicherheitsbehörden ein bundesweit beispiellos effektiver und zugleich verhältnismäßiger Umgang mit islamistischen Gefährdern ermöglicht werde. „Was Niedersachsens Polizisten brauchen, sind die nötigen Instrumente und Befugnisse, um möglichst frühzeitig gegen islamistische Gefährder vorgehen zu können“, so Nacke. „Innenminister Pistorius weigert sich, den Beamten diese Möglichkeiten zu geben.“

## Matthiesen: Unsaubere Finanzierung von Krankenhaus-Baumaßnahmen: Land muss Zuschüsse bereitstellen – keine Kreditoptionen

**Hannover.** Der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Max Matthiesen, wirft Sozialministerin Rundt eine unsaubere Finanzierung der Krankenhaus-Baumaßnahmen vor. „Die aktualisierte Prioritätenliste umfasst Projekte über insgesamt 1,853 Milliarden Euro. Der Großteil – Maßnahmen in Höhe von knapp 1,4 Milliarden Euro – soll über das Sondervermögen des Landes finanziert werden. Also über Kredite, die die Krankenhäuser selbst aufnehmen müssen“, so Matthiesen nach der heutigen Sitzung des Sozialausschusses. „Die im Krankenhausgesetz vorgeschriebenen Zuschüsse des Landes für den Krankenhausbau muss man mit der Lupe suchen.“ Hinzu komme, dass die Liste völlig unterfinanziert sei. Matthiesen: „Das Sondervermögen umfasst lediglich 650 Millionen Euro für 25 Jahre – es sollen aber Maßnahmen für 1,4 Milliarden finanziert werden. Die Landesregierung geht also offenbar schon jetzt davon aus, dass viele Projekte gar nicht realisiert werden.“ Vor allem für finanzschwache Krankenhäuser mit hohem Investitionsbedarf könne das Finanzierungsmodell der Sozialministerin zum Problem werden. „Es ist völlig unklar, ob die Krankenhäuser, die bei diesem Finanzierungsmodell besonders auf Kredite angewiesen sind, vor dem Hintergrund des Überschuldungsverbotes überhaupt welche aufnehmen können“, kritisiert Matthiesen. „Die Landesregierung ist per Gesetz verpflichtet, Zuschüsse für den Krankenhausbau zur Verfügung zu stellen – keine Kreditoptionen, die künftige Landeshaushalte belasten und künftige Haushaltsspielräume einengen.“



## Angermann: Wolfspopulation regulieren – CDU fordert Sieben-Punkte-Plan für nachhaltigen Umgang mit dem Wolf

**Hannover.** Der CDU-Landtagsabgeordnete Ernst-Ingolf Angermann fordert die rot-grüne Landesregierung auf, die Wolfspopulation in Niedersachsen auf Grundlage eines Sieben-Punkte-Plans zu regulieren. „Die Wolfspopulation in Niedersachsen umfasst derzeit gut 80 Wölfe. Experten zufolge wird sie mit einer Steigerungsrate von über 30 Prozent pro Jahr erheblich wachsen“, so Angermann. „Gleichzeitig werden vermehrt Weidetiere vor allem in Grünland- und Deichregionen gerissen und Wölfe häufiger auch in bewohnten Gebieten beobachtet – eine Regulierung der Wolfspopulation ist daher zwingend erforderlich.“ Angermann kritisiert: „Von der rot-grünen Landesregierung gibt es keinerlei nachhaltige Handlungsempfehlungen für den Umgang mit dem Wolf bei ansteigender Populationsentwicklung.“



Der niedersächsische Wolfsmanagementplan muss umgehend überarbeitet werden – wir benötigen vor allem einen konsequenten Umgang mit verhaltensauffälligen Wölfen, die wiederholt Menschen zu nahe kommen oder Weidetiere reißen.“ Aus diesem Grund werde die CDU-Fraktion einen Sieben-Punkte-Plan für einen nachhaltigen Umgang mit dem Wolf in den Landtag einbringen. Unter anderem sehe der Sieben-Punkte-Plan vor, den niedersächsischen Beitrag zum stabilen Erhalt der Wolfspopulation zahlenmäßig festzulegen. Außerdem soll der Wolf ins niedersächsische Jagdrecht aufgenommen und mindestens ein Tier aus jedem Rudel in Niedersachsen mit einem Sender versehen werden. „Mithilfe der Senderdaten könnte belastbar bewiesen werden, ob sich ein Rudel verstärkt Siedlungen nähert oder wiederholt Nutztiere reißt. Bestätigt sich der Fall, könnten die Rudel dann durch die gezielte Entnahme eines Jungtieres aus dem Rudelverband vergrämt werden“, so Angermann.



## Hiebing: Landesregierung schafft Bürokratiemonster und greift Grundstücksbesitzern in die Tasche

**Hannover.** Der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernd-Carsten Hiebing, kritisiert den von der rot-grünen Landesregierung vorgelegten Entwurf zur Reform des Kommunalabgabengesetzes. „Das Gesetz ist eine Kapitulationserklärung. SPD und Grüne sind mit dem Versprechen angetreten, die Kommunen finanziell besser auszustatten - doch passiert ist nichts“, sagt Bernd-Carsten Hiebing. „Erst sollte der kommunale Finanzausgleich gekippt werden, dann der Leistungsfähigkeitsvorbehalt. Auch die Idee einer kommunalen Wirtschaftssteuer aus Grund- und Gewerbesteuer war nur heiße Luft. Nichts davon wurde umgesetzt. Jetzt sollen Grundstücksbesitzer in die Bresche springen und wiederkehrende Straßenausbaubeiträge zahlen“, so Hiebing. Er warnt vor falschen Hoffnungen: „Die Praxis hat gezeigt, dass die Kommunen keine Erwartungen in dieses Instrument setzen sollten. Wiederkehrende Beiträge lösen nicht die Probleme beim Straßenbau – man schafft nur die Möglichkeit, den Grundstücksbesitzern ständig in die Tasche zu greifen.“



„Falsch und in diesem Gesetz völlig deplatziert ist zudem die Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens vor verwaltungsgerichtlichen Klagen“, sagt Hiebing. Die CDU-geführte Vorgängerregierung hatte das Widerspruchsverfahren 2005 über eine Änderung des dafür vorgesehenen Justiz- und Verwaltungsverfahrensgesetzes bewusst abgeschafft, um zügig Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger herzustellen. „Die Justizministerin missbraucht jetzt die Novellierung des Kommunalabgabengesetzes, um die Menschen wieder von den Verwaltungsgerichten fernzuhalten“, kritisiert der CDU-Kommunalexperte weiter. „Die Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens ist überflüssig und ein Bürokratiemonster. Dass die Landesregierung die Rückkehr zum überholten Verfahren in einem systemfremden Gesetz durchdrückt, ist zudem eine Ohrfeige für die Kommunen, die dies einmütig ablehnen.“

## Vockert: Wortbruch bei beitragsfreien Kindergartenjahren – Weils Wahlversprechen sind nichts wert



**Hannover.** Die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert hat Ministerpräsident Weil in der Landtagsdebatte über die Abschaffung der Elternbeiträge im Kindergarten Wortbruch vorgeworfen. „Aus der versprochenen Einführung der Beitragsfreiheit in der kommenden Legislaturperiode ist innerhalb weniger Wochen eine vage Zusage geworden, dafür ‚werben‘ zu wollen“, kritisiert Vockert. „Das klare ‚Nein‘ in namentlicher Abstimmung von SPD und Grünen zu den parlamentarischen Initiativen von CDU und

FDP im Landtag zeigt, was von den rot-grünen Wahlversprechen zu halten ist: nichts.“ Die CDU fordert, die Elternbeiträge für das erste und zweite Kindergartenjahr ab dem 1. August 2018 beitragsfrei zu stellen. Für das dritte Jahr müssen Eltern in Niedersachsen bereits seit 2007 nicht mehr bezahlen – damals hatte die CDU-geführte Landesregierung den Grundstein für die Beitragsfreiheit des Kita-Besuchs gelegt. SPD und Grüne hingegen, so Vockert, hätten sich im Hinblick auf ihre Vorhaben für die frühkindliche Bildung bislang keineswegs als vertrauenswürdig erwiesen: „Das neue Kita-Gesetz, der Masterplan für mehr und hochqualifizierte Erzieherinnen sowie die Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bildung – alles Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag, die nicht umgesetzt wurden.“ Für die CDU gehören Quantität und Qualität beim Ausbau der Angebote zur frühkindlichen Bildung zusammen. Mit ihrem Entschließungsantrag „Mehr Bildung von Anfang an“ setzt sich die Fraktion deshalb für die Umsetzung eines aus Landesmitteln finanzierten Stufenplans zur weiteren Verbesserung der Qualität in Kitas und in der Kindertagespflege ein. „Neben der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz in allen Regionen Niedersachsens ist aus unserer Sicht auch die aufsteigende Einführung einer dritten Kraft in Kindergartengruppen für 3- bis 6-Jährige sinnvoll“, so Vockert.

### Die weiteren Punkte des Stufenplans sind:

- Ausweitung der Kapazitäten zur Ausbildung von Kita-Fachkräften
- Ausweitung der Fort- und Weiterbildung von Kita-Fachkräften sowie von Tagesmüttern und -vätern
- Erhöhung der Verfügungsstunden für Fachkräfte in den Kitas, um ihnen mehr Zeit für Elternarbeit und Abstimmungsgespräche zu geben

## Adasch: Rot-Grüne Tatenlosigkeit verantwortlich für weiterhin hohe Einbruchskriminalität

**Hannover.** Der polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Adasch, hat sich angesichts unverändert hoher Einbruchszahlen in Niedersachsen erneut für eine effektive Bekämpfung der Einbruchskriminalität ausgesprochen. „Die Landesregierung hat die Entwicklungen der vergangenen Jahre verschlafen. Während die Anzahl der Hauseinbrüche in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen um mehr als zehn Prozent zurückgegangen ist, gibt es in Niedersachsen keine Trendwende: 16.405 Einbrüche im Jahr 2016 stehen für den Unwillen der rot-grünen Landesregierung, den persönlichen Lebensbereich der Bürger in Niedersachsen zu schützen“, so Adasch.



Im April 2016 hatte die CDU dem Landtag einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, um die Aufklärungs- und Verurteilungsquote bei Einbrüchen zu erhöhen. „Während SPD und Grüne sicherheitspolitisches Stückwerk produzieren und die Verantwortung für den Schutz der eigenen Wohnung bei den Mietern und Vermietern suchen, wollen wir eine staatliche Sicherheitsstrategie aus einem Guss“, sagt Adasch. „Wir fordern 3.000 neue Polizisten bis zum Jahr 2022, spezialisierte Sonderkommissionen, eine Koordinierungsstelle für Wohnungseinbrüche beim Landeskriminalamt und eine verstärkte Überwachung der Reiserouten von Einbruchsbanden. Wir wollen die Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen.“

Innenminister Pistorius habe die Menschen in Niedersachsen lediglich dazu aufgerufen, Fenster und Türen zu schließen. „Die verfehlte Sicherheitspolitik der Landesregierung ist für die schlechten Zahlen im Bereich der Einbruchskriminalität verantwortlich, denn Einbrecherbanden wissen schon lange, wo ihnen Gefahr droht und wo nicht. Es ist daher kein Wunder, dass die Einbruchszahlen nicht sinken. Das Nichtstun von Pistorius führt zu unnötigen Opfern.“

## Folgen des Lehrermangels in Niedersachsen: Auch im Landkreis Stade fällt Unterricht aus



**Landkreis Stade.** Nach Auffassung der CDU-Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke hat die rot-grüne Landesregierung in Hannover kein Rezept gegen die ungenügende Versorgung der niedersächsischen Schulen mit Lehrkräften. Die aktuellen statistischen Daten für die allgemein bildenden Schulen, die Kultusministerin Heiligenstadt (SPD) aufgrund unserer Anfrage im Landtag herausgeben musste, zeigen deutlich, dass landesweit Unterricht ausfällt. An vielen Schulen ist auch der Pflichtunterricht vom Ausfall betroffen.

„Wir gehen davon aus, dass im laufenden Schuljahr rund 600.000 Schulstunden in Niedersachsen nicht erteilt werden können, weil Lehrer fehlen. Der landesweite Durchschnittswert von nur 98,9 Prozent Unterrichtsversorgung spricht eine deutliche Sprache. Er ist so niedrig wie seit rund 15 Jahren nicht mehr“, sagt Kai Seefried. Auch der Landkreis Stade ist betroffen: Wie die Abgeordneten auf ihre Anfrage erfahren haben, liegt der statistische Durchschnittswert für alle allgemein bildenden Schulen im Landkreis Stade nur bei 97,5 Prozent. Der Landkreis Stade gehört damit im landesweiten Vergleich zu den Regionen mit der schlechtesten Unterrichtsversorgung und hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit damals 97,4% nicht verbessert. An den einzelnen Schulformen sieht es im landkreisweiten Durchschnitt so aus: Grundschule 99,5%, Hauptschule 99,5%, Realschule 93,4%, Förderschulen 81,6%, Oberschulen 94,5%, Gesamtschulen 98,1%, Gymnasien 100,7%.

Dammann-Tamke betont, dass die Durchschnittswerte vom Stichtag 18. August 2016 nichts über die tatsächliche Lehrerversorgung an den einzelnen Schulen aussagen. Darum wollten die Abgeordneten auch die Daten für alle Schulen im Landkreis Stade einzeln vorlegen lassen und haben in der Landtags-Drucksache 17/7204 auch explizit danach gefragt. Doch bislang gebe es darauf keine Antwort: „Bislang verweigert Kultusministerin Heiligenstadt uns noch die Herausgabe der Daten. Wir fragen uns, ob die Zahlen für einzelne Schulen in unserem Landkreis vielleicht so schlecht sind, dass die Ministerin die Herausgabe möglichst lange hinauszögern will“, mutmaßt Kai Seefried. Die Abgeordneten bedauern es im Sinne der Schülerinnen und Schüler besonders, dass der Wert der Unterrichtsversorgung im Vergleich zum vergangenen Schuljahr landesweit noch einmal gefallen ist. „Leider



## TERMINE KAI SEEFRIED

### 7. März 9 Uhr

Besuch bei den Stadtwerken Stade

### 9. März 19.30 Uhr

Mitgliederversammlung KPV-Kreisverband Stade in Hollern-Twielenfleth

### 10. März 19.30 Uhr

Jahreshauptversammlung Schützenverein Assel von 1901 e.V. in Assel

### 11. März 13.30 Uhr

Bezirksschützentag in Wischhafen

### 12. März 9 Uhr

Frühstückstark auf der Gesundheitsmesse in Oldendorf-Himmelpforten

### 17. März 18.30 Uhr

Klönschnack der CDU-Kreistagsfraktion in der Zimmerei Bartsch in Hedendorf

### 24. März 18.30 Uhr

Klönschnack der CDU-Kreistagsfraktion in der Tax-Prüfstelle in Stade

## TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

### 9. März 14.30 Uhr

Diskussion zur Landwirtschaft mit der Senioren Union Oldenburger Land

### 10. März 19 Uhr

Grünkohlessen CDU Samtgemeindeverband Lühe in Hollern-Twielenfleth

### 11. März 13.30 Uhr

Bezirksschützentag in Wischhafen

### 17. März 18.30 Uhr

Klönschnack der CDU-Kreistagsfraktion in der Zimmerei Bartsch in Hedendorf

### 24. März 18.30 Uhr

Klönschnack der CDU-Kreistagsfraktion in der Tax-Prüfstelle in Stade

### 31. März 19 Uhr

Mitgliederversammlung des CDU-Samtgemeindeverbandes Harsefeld in Harsefeld-Ohrensen

*Die hier dargestellten Termine sind nur eine kleine Auswahl der Termine der beiden Landtagsabgeordneten.*

müssen wir nach vier Jahren rot-grüner Schulpolitik feststellen: Diese Ministerin kann die Grundlage guter Bildung an den Schulen in Niedersachsen nicht sicherstellen. Die Unterrichtsversorgung ist sowohl an allgemein bildenden Schulen als auch an berufsbildenden Schulen historisch niedrig“, sagt Dammann-Tamke.

„Kultusministerin Heiligenstadt hat durch falsche Entscheidungen erheblich selbst dazu beigetragen, dass so viel Unterricht ausfällt. Sie hat die Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrkräfte erhöht, was rechtswidrig war und was sie daher wieder zurücknehmen musste. Diese Fehlentscheidung wirkt sich auch heute noch negativ aus, denn damals wurden notwendige Einstellungen verschleppt. Die Schuld am Stundenausfall nun den Flüchtlingen in die Schuhe zu schieben, so wie die Ministerin es tut, ist ein hilfloses und noch dazu infames Ablenkungsmanöver“, urteilt Kai Seefried.

Neben den Werten für die allgemein bildenden Schulen wird die CDU-Landtagsfraktion beim Kultusministerium auch die Werte für die einzelnen berufsbildenden Schulen abfragen. „An den berufsbildenden Schulen sinken die Werte der Unterrichtsversorgung auf immer neue Tiefstände. Im laufenden Schuljahr sind wir bei nur noch 88,1 Prozent angelangt, nach bereits äußerst geringen 88,6 Prozent im Vorjahr. Die Landesregierung ist hier auch gegenüber der ausbildenden Wirtschaft in der Pflicht – die Qualität der dualen Ausbildung muss gesichert bleiben“, fordert Dammann-Tamke.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Kai Seefried MdL  
Helmut Dammann-Tamke MdL

### Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade  
Am Hinterdeich 4  
21680 Stade

### Kontakt

E-Mail: [mail@kai-seefried.de](mailto:mail@kai-seefried.de)  
E-Mail: [wahlkreisbuero@dammann-tamke.de](mailto:wahlkreisbuero@dammann-tamke.de)  
Telefon: 04141/ 5186-11

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

### Weitere Infos:

[www.kai-seefried.de](http://www.kai-seefried.de) oder [www.dammann-tamke.de](http://www.dammann-tamke.de)